

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Joachim Bischoff, Dora Heyenn, Christiane Schneider,
Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Elisabeth Baum, Wolfgang Joithe-von
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

Betr.: Konjunkturprogramm

Strukturprogramm für Hamburg

Senat und Bürgerschaft werden im Januar über ein auf die Region bezogenes Konjunkturprogramm entscheiden. Mit Blick auf die öffentlichen Finanzen soll es sich bei dem Senatsvorschlag um vorgezogene Investitionen (Infrastruktur, Sanierung von Schulgebäuden und Klimaschutzmaßnahmen) im Volumen von circa 250 Millionen Euro handeln. Für das Konjunkturprogramm werde es „keine blanke Neuverschuldung“ geben.

Diese Ausrichtung und der Umfang eines Hamburger Konjunkturprogramms zeigen, dass Senat und Regierungskoalition eine unzureichende Vorstellung von der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise haben. Wir brauchen keine Konjunkturprogramme, wie sie von Union, GAL und Sozialdemokratie in der Hoffnung auf baldige Rückkehr zu früheren Verhältnissen beschlossen werden. Daher wird auch das „Vorziehen“ von ohnehin geplanten Infrastrukturinvestitionen in Hamburg in Höhe von 250 Millionen Euro keinen wirksamen Beitrag zur Abmilderung der Wirtschaftskrise leisten. Ein Gegensteuern auf die absehbare Krisenentwicklung sollte mit einem Volumen von rund 2 Milliarden Euro jährlich die Entwicklungspotenziale der Freien und Hansestadt Hamburg ausbauen. Die Fraktion DIE LINKE fordert ein Strukturprogramm für Hamburg. Mit einem Strukturprogramm kann die Exportorientierung überwunden und eine Stärkung der Binnenökonomie eingeleitet werden. Die Wirtschaftskrise kann damit nicht verhindert, aber deutlich abgemildert werden. Wenn wir uns in Hamburg im laufenden Jahr nicht mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit abfinden wollen, müssen die Ansätze zur Stützung der Konjunktur auf europäischer und Bundesebene mit einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben in Hamburg unterstützt werden. DIE LINKE fordert eine Ausweitung der Ausgaben für öffentliche Aufgaben wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sowie wirksame Maßnahmen zur Überwindung der sozialen Spaltung. Ein solches Programm muss zunächst über eine Ausweitung der öffentlichen Kredite finanziert werden, wenn zügig Impulse zur Stabilisierung der Wirtschaft erfolgen sollen.

Erst in einem zweiten Schritt kann es um eine grundlegende Sanierung der öffentlichen Finanzen auch in Hamburg gehen. In Übereinstimmung mit Vorschlägen der Bundestagsfraktion der LINKEN fordern wir eine Neuausrichtung der Steuer- und Abgabepolitik. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Steuersätze auf höhere Einkommen und Unternehmensgewinne sowie die rasche Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Zudem muss endlich gerade in Hamburg der Steuervollzug verbessert werden.

1. Landesprogramm gegen Armut und zur Bekämpfung der sozialen Spaltung

Einführung eines Sozialtickets für potenziell 170.000 Bedürftige; circa 34.000 Berechtigte mit Kosten von 7,5 Millionen Euro; außer der Nutzung des HVV soll der „Hamburg Pass“ einen Eintritt in kulturell-sportliche et cetera Veranstaltungen zu reduziertem Tarif ermöglichen.

CC-Karte für den unterstellten Anteil an

Aufwendungen für den ÖPNV circa 70 Millionen Euro

Einstieg in die Kindergrundsicherung (kostenloses Mittagessen) 35 Millionen Euro

Wiederherstellung der Lern- und Lehrmittelfreiheit 12 Millionen Euro

besondere Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund 20 Millionen Euro

Einstieg in gebührenfreie Ganztagsplätze im Kita-Bereich 50 Millionen Euro

Schülerfahrgeld 13 Millionen Euro

Schulschwimmen 2 Millionen Euro

Qualifizierung der Schulabgängerinnen 5 Millionen Euro

Die Fraktion DIE LINKE tritt für einen kontinuierlich erarbeiteten Reichtums- und Armutsbericht ein. Die Erfassung der sozialen Spaltung sollte die Grundlage bilden für ein Landesprogramm gegen Armut und soziale Spaltung, das über die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Abwärtsbewegung hinausgeht.

2. Landesprogramm Arbeit

In der Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auch in Hamburg die Zahlen der Erwerbslosen und mit zeitlicher Verzögerung auch die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger steigen, die von den Regelsätzen nach Hartz IV existieren müssen. Die Linksfraktion unterstreicht ihre Forderung, dass sich Hamburg auf Bundesebene für eine unverzügliche Verbesserung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld 1 und der Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II (in einem ersten Schritt auf wenigstens 435 Euro monatlich) einsetzen sollte.

Auf der Ebene der Hamburger Politik setzen wir uns gerade wegen der drohenden Erhöhung der Arbeitslosigkeit für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein. Vorrangig geht es im Rahmen eines Antikrisenprogramms um die Abschaffung der entwürdigenden Ein-Euro-Jobs. Die bloße Aufhebung des Einstellungsstopps für den öffentlichen Bereich kann nur ein erster Schritt sein, dem eine Ausweitung der Beschäftigung und die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen folgen müssen.

Für die Schaffung von mindestens circa 10.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, um die Ein-Euro-Jobs abzulösen, in den Bereichen der Stadtentwicklung, Gesundheit, Pflege und Bildung ist ein Betrag von circa 220 Millionen Euro aufzuwenden.

Für die Verbesserung der Betreuungssituation im Kita-Bereich und die Verbesserung der Unterrichtssituation an den Schulen schlagen wir eine deutliche Ausweitung des Personals vor. Allein im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sind im Rahmen der Verkleinerung der Klassen im ersten Schritt für das Schuljahr 2009/2010 640 neue Vollzeitkräfte einzusetzen. Für diese Ausweitung ist eine Aufstockung der Ausgaben in Höhe von 55 Millionen Euro vorzusehen.

Die Wiederbelebung der Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierung) macht Aufwendungen von mindestens 50 Millionen Euro notwendig.

3. Zukunftsinvestitionen in Hamburg

Angesichts der sich abzeichnenden Schrumpfung der Ökonomie, verbunden mit dem Abbau von Arbeitsplätzen, fordert DIE LINKE außerdem ein Investitionsprogramm für die öffentliche Infrastruktur von circa 2 Milliarden Euro – ergänzend zu den entsprechenden Programmen auf der Ebene der EU und des Bundes. In Hamburg muss ver-

stärkt in die Zukunft investiert werden, um gerade jetzt den Auswirkungen von Finanzkrise und wirtschaftlichem Abschwung zu begegnen. Innovation durch Investition – und dabei nicht kleckern, sondern klotzen. Arbeitsplätze sichern, heißt das Gebot der Stunde, wobei die Infrastruktur erneuert, die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt, Bildung und Forschung ausgebaut und der ökologische Umbau vorangetrieben werden müssen.

Durch ein Investitionsprogramm ergeben sich auch Selbstfinanzierungseffekte durch höhere Beschäftigung und die Stärkung der Binnennachfrage. DIE LINKE will einen sozialen und ökologischen Strukturwandel in Hamburg und setzt sich daher für ein Zukunftsinvestitionsprogramm ein.

Instandhaltung und Unterhalt von Gebäuden, Straßen und Infrastruktureinrichtungen wurden in den letzten Jahrzehnten massiv vernachlässigt. Die Infrastrukturmängel und gerade der hohe Ersatzbedarf sind Ausdruck einer Politik der Verschlingung des Staates von den Abwasserkanälen bis zu den Schulgebäuden. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt, dass zwischen 2006 und 2020 rund 704 Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen notwendig sind. Der größte Teil davon ist Ersatzbedarf (59 Prozent), der Erweiterungsbedarf umfasst etwa 31 Prozent und 10 Prozent stellen reinen Nachholbedarf dar.

Investitionen in diesem Bereich kommen bei intelligenter Auftragsvergabe dem Handwerk und den Klein- und Mittelbetrieben zugute und ersetzen die bisher vorherrschende Orientierung auf die stark konjunkturabhängige Exportwirtschaft, die zu einem Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge führt. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind Ausdruck einer solidarischen Ökonomie, da diese Güter von allen genutzt werden und ökologisch sinnvoll sind.

Schulbau – Sanierung und Zubau ...

Investitionsbedarf insgesamt 3 – 4 Milliarden Euro

Davon zu realisieren in 2009 550 Millionen Euro

Investitionen Universität, inklusive Uniklinik Eppendorf 600 Millionen Euro

Ausbau Klimaprogramm 200 Millionen Euro

Ausbau der Hafeninfrastuktur 200 Millionen Euro

ÖPNV/Fahrradwege 200 Millionen Euro

Sozialer Mietwohnungsbau/Stadterneuerung 800 Millionen Euro

Außerdem setzt sich DIE LINKE ein für eine stärkere Kontrolle und Änderung der Geschäftspolitik bei den öffentlichen Unternehmen. Die Beteiligungen der Hansestadt müssen zur Durchsetzung einer anderen Politik insgesamt eingesetzt werden. Für den Aufbau von stadteigenen Stadtwerken müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

4. Sanierung der öffentlichen Finanzen

Nachfolgend zu den Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise muss eine grundlegende Sanierung der öffentlichen Finanzen erfolgen. Die neoliberale Senkungspolitik hat die gegenwärtige Krisenkonstellation mit verursacht. Daher sind Senkungen von Steuern und Sozialabgaben der vollständig falsche Weg, um aus der Krise herauszukommen.

Zur Finanzierung fordern wir für Hamburg eine radikale Verbesserung des Steuervollzugs. Der Durchsetzung des Steuerrechtes für alle Bürgerinnen und Bürger muss wieder Vorrang erhalten; die Praxis zur Reduktion der Steuerschuld – sei es in Hamburg, sei es in den Steueroasen – ist zu beseitigen. Auf Bundesebene setzen wir uns ein für Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer. In Übereinstimmung mit der Fraktion der LINKEN im Bundestag fordern wir eine Erhöhung der Unternehmensbesteuerung, eine Höchstgrenze für Managergehälter und eine Einführung einer Millionärssteuer.